

Antrag der Fraktion der CDU**Einführung einer RIAS-Meldestelle in Bremen – Verbesserung der Erfassung antisemitischer Vorfälle und Stärkung des Dunkelfeld-Monitorings**

In den letzten Jahren ist die gesellschaftliche und politische Relevanz von antisemitischen Vorfällen in Deutschland massiv gestiegen. Der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (RIAS) verzeichnete im Jahr 2024 in Deutschland insgesamt 8 627 antisemitische Vorfälle, ein Anstieg um 77 Prozent im Vergleich zu 2023. Im Land Bremen sind die Zahlen der antisemitischen Straftaten ebenfalls deutlich gestiegen, von 71 antisemitische Straftaten im Jahr 2023, auf 107 im Jahr 2024, mithin ein Anstieg um 50 Prozent. Aktuell gibt es in elf Bundesländern eigene RIAS-Meldestellen, die Teil der Bundesarbeitsgemeinschaft des RIAS Bundesverbandes sind.

In Bremen existiert bislang keine staatlich anerkannte RIAS-Meldestelle. Stattdessen dokumentiert das zivilgesellschaftliche Projekt „Keine Randnotiz“ Vorfälle auch unterhalb der Strafbarkeit. Eine im Land Bremen angesiedelte RIAS-Meldestelle, zum Beispiel beim LidiceHaus oder dem Bürgerschaftlichen Integrationszentrum, würde die Erfassung antisemitischer Vorfälle systematischer und vergleichbarer machen sowie Betroffenen niedrigschwellig Beratung ermöglichen. Gleichzeitig könnten Ressourcen aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ genutzt werden, das bereits heute den RIAS Bundesverband und regionale Meldestellen unterstützt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. eine zivilgesellschaftliche RIAS-Meldestelle im Land Bremen einzurichten, inklusive eines Onlineportals und multidimensionaler Meldemöglichkeiten (Formular, Messenger et cetera);
2. die finanzielle Ausstattung für die RIAS-Meldestelle beispielsweise durch die Einbindung in das bereits bestehende Bildungsprojekt

„Antisemitismuskritische Bildungsarbeit“ (kurz: akriBa), sicherzustellen, flankiert durch Bundesmittel aus dem Programm „Demokratie leben!“ zur Anschubförderung;

3. sich in den Bundesverband RIAS e. V. einzubinden und Teil der Bundesarbeitsgemeinschaft zu werden, damit bundesweit einheitliche Standards angewendet werden und auch das Dunkelfeld in Bremen vergleichbar integrierbar wird;
4. eine Kooperationsvereinbarung mit bestehenden lokalen Netzwerken wie beispielsweise „Keine Randnotiz“, LidiceHaus oder der jüdischen Gemeinde einzugehen für Wissenstransfer und Synergien;
5. aufgrund der gesammelten Daten ein Monitoring und eine Evaluation durchzuführen und die daraus erlangten Erkenntnisse jährlich an die Bremische Bürgerschaft zu berichten sowie proaktiv die relevanten Informationen an Polizei und Beratungsstellen sicherzustellen.

Frank Imhoff, Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU